



Generalversammlung

Verteilung: Allgemein
31. Juli 2002

Deutsch
Original: Englisch

Siebenundfünfzigste Tagung

Tagesordnungspunkt 44 der vorläufigen Tagesordnung*

Weiterverfolgung der Ergebnisse des Millenniums-Gipfels

Umsetzung der Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen

Bericht des Generalsekretärs**

In ihren Resolutionen 55/162 vom 14. Dezember 2000 und 56/95 vom 14. Dezember 2001 ersuchte die Generalversammlung den Generalsekretär, jährlich einen Bericht über die Fortschritte des Systems der Vereinten Nationen und der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Millenniums-Erklärung zu erstellen.

Dieser erste Jahresbericht befasst sich mit den in allen Kapiteln der Erklärung eingegangenen Verpflichtungen und mit denjenigen Fragen, die im vergangenen Jahr besonders im Vordergrund gestanden haben, wobei den Querverbindungen zwischen ihnen besondere Aufmerksamkeit gilt. Dem Bericht ist ein statistischer Anhang beigefügt, der den Verwirklichungsstand der Millenniums-Entwicklungsziele anhand einer gemeinsamen Bezugsgrundlage verfolgt. Außerdem geht er besonders auf die beiden Leitthemen dieses Jahres ein, nämlich die Verhütung bewaffneter Konflikte sowie die Behandlung und Prävention der großen Krankheiten, einschließlich HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose.

* A/57/150.

** Das Dokument wurde den Konferenzdiensten verspätet und ohne die erforderliche Erklärung nach Ziffer 8 der Resolution 53/208 B der Generalversammlung vorgelegt, mit der die Versammlung beschloss, dass bei verspäteter Vorlage eines Berichts die Gründe hierfür in einer Fußnote zu dem Dokument anzugeben sind.

Inhalt

	<i>Ziffern</i>	<i>Seite</i>
I. Einleitung	1-3	5
II. Frieden, Sicherheit und Abrüstung.....	4-37	5
III. Entwicklung und Armutsbekämpfung: Die Millenniums-Entwicklungsziele	38-74	10
IV. Schutz unserer gemeinsamen Umwelt	75-81	16
V. Menschenrechte, Demokratie und gute Staats- und Verwaltungsführung	82-89	17
VI. Schutz der Schwächeren.....	90-99	18
VII. Deckung der besonderen Bedürfnisse Afrikas	100-108	19
VIII. Stärkung der Vereinten Nationen	109-112	21
IX. Schlussfolgerungen	113-114	21
Anhang		
Millenniums-Entwicklungsziele.....		23

I. Einleitung

1. In ihren Resolutionen 55/162 vom 14. Dezember 2000 und 5/95 vom 14. Dezember 2001 ersuchte mich die Generalversammlung darum, jährlich einen Bericht über die Fortschritte des Systems der Vereinten Nationen und der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Millenniums-Erklärung zu erstellen.

2. Dieser erste Jahresbericht befasst sich mit den in allen Kapiteln der Erklärung eingegangenen Verpflichtungen und mit denjenigen Fragen, die im vergangenen Jahr besonders im Vordergrund gestanden haben, wobei den Querverbindungen zwischen ihnen besondere Aufmerksamkeit gilt. Dem Bericht ist ein statistischer Anhang beigelegt, der den Verwirklichungsstand der Millenniums-Entwicklungsziele anhand einer gemeinsamen Bezugsgrundlage verfolgt. Außerdem geht er besonders auf die beiden Leitthemen dieses Jahres ein, nämlich die Verhütung bewaffneter Konflikte sowie die Behandlung und Prävention der großen Krankheiten, einschließlich HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose.

3. Die Millenniums-Erklärung ist Ausdruck der von den Mitgliedern der Vereinten Nationen geteilten Vision einer friedlicheren, wohlhabenderen und gerechteren Welt, in der alle Menschen ein besseres und sichereres Leben führen können. Die Ereignisse des vergangenen Jahres haben uns jedoch vor Augen geführt, dass die Weltgemeinschaft trotz einiger sich abzeichnender Fortschritte noch weit von der Erfüllung der in der Erklärung gesetzten Ziele entfernt ist. Mehr denn je gründet sich unsere Hoffnung, diese Ziele zu erreichen, auf der Fähigkeit der Mitgliedstaaten, einzeln und gemeinsam dauerhafte Maßnahmen zu ergreifen. In den folgenden Abschnitten beschreibe ich, was wir bisher erreicht

75822steTier210002 In Bez

ten sollte ein Moratorium für Kernwaffenversuchsexplosionen beziehungsweise für nukleare Explosionen aller Art eingehalten werden.

24. Die Anstrengungen zur Durchführung des Übereinkommens über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen⁶ gehen weiter. Alle 8,6 Millionen von den Vereinigten Staaten, der Russischen Föderation, Indien und der Republik Korea (die "deklarierten Besitzerstaaten") gemeldeten chemischen Waffen wurden katalogisiert und werden in regelmäßigen Abständen inspiziert. Bisher wurde zwar noch kein Konsens über ein Verifikationsprotokoll für biologische Waffen erzielt, doch werden sich die Vertragsstaaten des Übereinkommens über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen im November 2002 weiter um eine Einigung auf ein multilaterales Konzept bemühen, das dem Verbot biologischer Waffen größere Wirksamkeit verleiht.

25. Ein äußerst wichtiger Tätigkeitsbereich ist schließlich auch die Kontrolle und die Vernichtung überzähliger und unerlaubter Kleinwaffen und leichter Waffen. Im Juli 2001 vereinbarten die Mitgliedstaaten auf der Konferenz der Vereinten Nationen über den unerlaubten Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten die Einführung von Gesetzen, Vorschriften und Verwaltungsverfahren mit dem Ziel, die Herstellung, Ausfuhr, Einfuhr, Durchfuhr oder die Weiterverbringung von Kleinwaffen und leichten Waffen zu kontrollieren. Was die Staaten im Wesentlichen benötigen, sind Gesetze und Institutionen, um den unerlaubten Zustrom von Waffen zu verhindern, und die Rechtsgrundlage und den politischen Willen, um Straftäter zur Verantwortung zu ziehen. Gleichzh2k g

bruch beziehungsweise das Wiederaufflammen gewalttätiger Konflikte abzuwenden, jedoch nur dann, wenn die Regierungen der betroffenen Länder sich zum Frieden bekennen.

31. Es kann nicht im Interesse einer repräsentativen, vertrauenswürdigen Regierung liegen, Konflikte latent unter der Oberfläche schwelen zu lassen. Vielmehr obliegt es den Regierungen, das Risiko eines Konflikts zu vermeiden, indem sie eine ausgewogene staatliche Politik verfolgen und die internationalen humanitären und menschenrechtlichen Normen einhalten. **Souveränität ist mit der grundlegenden Verantwortung verbunden, die Sicherheit von Leib und Leben sowie die bürgerlichen, politischen, sozialen und kulturellen Rechte der Bürger zu schützen.** Den Vereinten Nationen, den Regionalorganisationen, den nichtstaatlichen Organisationen, der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor kommt jeweils eine Rolle dabei zu, die Regierungen zu unterstützen.

32. Eine zweite Voraussetzung für die Überbrückung der Kluft zwischen Vision und Wirklichkeit ist die **Kapazität**. Viele Staaten haben den Willen, jedoch nicht die Mittel, ihre Bürger zu schützen. Viele regionale und nichtstaatliche Organisationen bemühen sich, ihre jeweilige Rolle auszufüllen, sind jedoch nicht entsprechend ausgestattet. Auch die Vereinten Nationen benötigen die entsprechenden Kapazitäten und Ressourcen, wenn sie ihrem Konfliktpräventionspotenzial gerecht werden sollen. Ebenso wie das Gesundheitswesen der einzelnen Staaten nicht allein Notfallmedizin betreibt, sondern beträchtliche Summen in die Einrichtungen und das Wissen zur Krankheitsvorsorge investiert, so kann und muss auch das internationale Konfliktbewältigungssystem in Kapazitäten für die **strukturelle und operative** Prävention auf allen Ebenen, von der lokalen zur nationalen, von der regionalen zur internationalen und von der bilateralen zur multilateralen, investieren.

33. Wir müssen der Schaffung von Konfliktpräventionskapazitäten sowohl auf lokaler als auch auf nationaler Ebene eine wirkliche Vorrangstellung einräumen. Dazu gehören der Aufbau und die Förderung einer Zivilgesellschaft sowie von Mechanismen und Einrichtungen, die einen öffentlichen Dialog, die friedliche Ausräumung von Spannungen, die Herrschaft des Rechts, die ausgewogene Verteilung von Ressourcen und Chancengleichheit gestatten. Die Überwindung von Ungerechtigkeit und die Auseinandersetzung mit der Vielfalt stellt die Regierungen der einzelnen Staaten vor besondere Herausforderungen. Diese könnten unter anderem durch die Schaffung von Mechanismen auf dem Gebiet der Menschenrechte sowie durch alternative Streitbeilegungsmechanismen angegangen werden. Im Rahmen meiner Bemühungen um die Umsetzung meines Berichts über die Konfliktprävention haben die Vereinten Nationen gemeinsam mit den Mitgliedstaaten Projekte durchgeführt, die darauf gerichtet waren, staatliche Bedienstete und Partner in der Zivilgesellschaft mit besseren Qualifikationen und Kapazitäten auszustatten. Die dabei erzielten Fortschritte sind jedoch nur dann von Nutzen, wenn gleichzeitig Anstrengungen unternommen werden, um die Korruption einzudämmen und eine gute Staats- und Regierungsführung zu fördern.

und 1999 zumindest geringe Fortschritte bei der Senkung der Kindersterblichkeit erzielen, doch die erschreckend hohen Kindersterblichkeitsraten in Afrika veränderten sich kaum (siehe Anhang), was auf das erneute Vordringen der Malaria sowie auf die mittelbaren und unmittelbaren Auswirkungen der kombinierten Aids- und Tuberkulose-Pandemien zurückzuführen war. Ein ähnlich schreckliches Bild ergibt sich auch bei der **Müttersterblichkeit**, wo die Fortschritte in den beiden Regionen mit der höchsten Müttersterblichkeit, dem subsaharischen Afrika und dem südlichen Zentralasien, nicht ausreichen, um den Zielwert bis zum Jahr 2015 zu erreichen.

43. In den vergangenen zehn Jahren verzeichneten die **kleinen Inselentwicklungsländer** ungleichmäßige wirtschaftliche und soziale Fortschritte, während ihre ökologische und sonstige Anfälligkeit unverändert blieb. Der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe am Volkseinkommen dieser Staaten ist zurückgegangen, doch konnten viele von ihnen dies durch die Diversifizierung ihrer Volkswirtschaften in die Sektoren Tourismus, Bankenwesen und Leichtindustrie ausgleichen. Den 24 **Binnenstaaten** erging es jedoch weniger gut. Auch sie hatten unter einem Rückgang des Anteils der öffentlichen Entwicklungshilfe an ihrem Volkseinkommen zu leiden, und in den 15 Staaten, für die Daten vorliegen, ging auch das reale Pro-Kopf-Einkommen zurück.

44. Obwohl es so aussieht, als würden die meisten Entwicklungsländer, mit Ausnahme derer Ostasiens, die Millenniums-Entwicklungsziele nicht erreichen, gilt unsere größte Sorge natürlich den Ärmsten der Armen. Hunderte Millionen in Armut lebender Menschen, insbesondere im subsaharischen Afrika, jedoch auch in Teilen Asiens und Lateinamerikas, sind in einem Teufelskreis der Armut gefangen, in dem sich die Armut durch Krankheit, Mangelernährung, Kinderarbeit, Konflikte und Umweltkatastrophen selbst perpetuiert. Optimisten mögen die Erfolge in Asien und anderswo anführen und sagen, dass die Ärmsten der Armen sich selbst aus der Armut befreien können, wenn sie die Verhältnisse in ihrem Land bereinigen. Dem stehen jedoch vielfach Faktoren entgegen, über die sie keinerlei Kontrolle haben.

45. Fast 13 Jahre vor Ablauf der Frist für die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele haben nahezu alle Teile der Welt noch Chancen, sie ganz oder doch weitgehend zu erreichen. Die wichtigste Lehre der vergangenen zehn Jahre besteht jedoch darin, dass sich der Erfolg nicht von selbst einstellt. Es gibt keine Automatismen, keine Wunder des Marktes, keinen globalen Konjunkturaufschwung, der garantiert, dass die Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 verwirklicht werden. Dies wird nur dann geschehen, wenn die richtigen nationalen und internationalen Wirtschaftsbedingungen geschaffen und die notwendigen Finanzmittel aufgebracht werden. Alle Akteure müssen gemeinsam und in einer wahren globalen Partnerschaft, in der alle Beteiligten gegenseitige Alzfltn

in einem Haushaltsansatz an die letzte Stelle gerückt werden können, oder um Luxus, den man sich erst dann leistet, wenn die Wirtschaft floriert. Vielmehr sind dies unverzichtbare Investitionen, die jede Gesellschaft *heute* in ihre wirtschaftliche Zukunft tätigen muss, damit ihre Kinder zu produktiven Mitgliedern der Weltwirtschaft heranwachsen können.

49. Die Entwicklungsländer nehmen diese Aufgaben sehr ernst, wie beispielsweise Afrika mit der Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas bewiesen hat. Doch sogar die größten Anstrengungen der Entwicklungsländer, sich aus dem Kreislauf von Armut, Unwissenheit, Krankheit, Gewalt und Umwelterstörung zu befreien, werden wohl nicht ausreichen, wenn sie dabei nicht auf die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft – die andere Seite der Partnerschaft – zählen können.

50. In Monterrey wurden verschiedene Zusagen abgegeben, die die seit langem anhaltende Abwärtstendenz der öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen ansatzweise endlich umkehren könnten, falls sie eingehalten werden. Der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe an den Bruttosozialprodukten ist seit etwa 20 Jahren rückläufig und sank 1997 mit 0,22 Prozent auf seinen absoluten Tiefpunkt, ein klägliches Ergebnis, das sich im Jahr 2001 wiederholte und zu der Zeit einem Gesamtbetrag von 51 Milliarden US-Dollar entsprach. Lediglich fünf Länder erreichten 2001 den Zielwert von 0,7 Prozent, wobei ein Land (Dänemark) ein Prozent seines Bruttosozialprodukts abgab, manche anderen Länder hingegen nur 0,1 Prozent. Die in Monterrey angekündigten Mittel würden bis 2006 einen jährlichen Zuwachs von mindestens 12 Milliarden US-Dollar erbringen. Dies ist ein bedeutender Schritt, bleibt jedoch noch immer weit hinter den zusätzlichen 50 Milliarden US-Dollar zurück, die benötigt würden, damit die Entwicklungsländer eine reelle Chance zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele haben.

51. Die Verwirklichung des achten Millenniums-Entwicklungsziels (**eine globale Partnerschaft zu Gunsten der Entwicklung**) setzt voraus, dass auf der Grundlage **wissenschaftlich-technischer Neuerungen** neue Wege gefunden werden, um die Lebensumstände der Ärmsten der Armen zu verbessern. Reiche wie arme Länder müssen zusammenarbeiten, um neue Lösungen für die Gesundheits-, Ernährungs- und Umweltprobleme zu finden, die so viele Hunderte Millionen Menschen in Armut gefangen halten. In einigen Fällen bedeutet dies, vorhandene Technologien wirksamer einzusetzen und beispielsweise zu gewährleisten, dass die Gesundheitsversorgungssysteme der ärmsten Länder die lebensrettenden Medikamente zur Bekämpfung von Aids, Malaria, Tuberkulose und anderen tödlichen Krankheiten erhalten. Für viele Herausforderungen jedoch, darunter die Klima- und Umweltbedingungen, unter denen Kleinbauern in Afrika Anbau betreiben, bieten die derzeit vorhandenen Technologien keine angemessene Lösung. Dafür bedarf es neuer, aus modernen wissenschaftlichen Erkenntnissen abgeleiteter Technologien, beispielsweise neues Saatgut und neue Ackerbaumethoden, die widerstandsfähigere, dürreresistentere und ertragreichere Pflanzen hervorbringen und

gleichzeitig für eine höhere landwirtschaftliche Ertragsfähigkeit sorgen. Mit steigendem Anbauertrag kann auch die beängstigende Entwaldung in den Tropen aufgehalten werden, da verarmte Bauern nicht länger auf Grenzertragsflächen ausweichen müssen, um die abnehmende Bodenfruchtbarkeit in den herkömmlichen Anbaugebieten auszugleichen. In ähnlicher Weise rücken durch die atemberaubenden Fortschritte der Biomedizin auch neue Medikamente und Impfstoffe gegen Malaria, Tuberkulose und Aids in greifbare Nähe.

52. Die entwickelten Länder müssen auf vielerlei Wegen die Finanzierungslücken schließen helfen, die derzeit einer lebensrettenden Gesundheitsversorgung, der Bildung für alle, einer angemessenen Ernährung sowie einer nachhaltigen Bewirtschaftung der Ökosysteme entgegenstehen. Gemessen am Einkommen der potenziellen Nutznießer sind die Finanzierungslücken enorm, doch im Verhältnis zum Einkommen der potenziellen Geber sind sie äußerst bescheiden. In der Tat deutet alles darauf hin, dass eine Größenordnung von 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts der Hocheinkommensländer, die diese ohnehin nominell für Entwicklungszwecke zugesagt haben, mehr als ausreichen würde, um die genannten Ziele zu erreichen.

53. Derzeit sind internationale Anstrengungen im Gange, um eine tragbare Verschuldung herbeizuführen, die die Entwicklung nicht behindert. Im Rahmen der vor kurzem angelaufenen **Initiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC-Initiative)** erhalten 26 Länder insgesamt 41 Milliarden US-Dollar an Schuldenerleichterungen. Zwischen Ende 2000 und Ende April 2002 konnten jedoch nur vier weitere Länder den Entscheidungszeitpunkt der Initiative erreichen, an dem die Anspruchsberechtigung eines Landes sowie die Entschuldungshöhe festgelegt wird und erste Schuldenerleichterungen gewährt werden. Lediglich fünf Länder waren bis Ende April 2002 am Erfüllungszeitpunkt angelangt, an dem die Restsumme der zugesagten Schuldenerleichterung ohne weitere Bedingungen und unwiderruflich ausgezahlt wird. Zusätzliche Maßnahmen sind nötig, damit die Länder die Voraussetzungen für Schuldenerleichterungen in voller Höhe so bald wie möglich erfüllen. Infolge der derzeitigen Abkühlung der Weltkonjunktur und des niedrigen Stands der Rohstoffpreise sind außerdem höhere Schuldenerleichterungen notwendig, um die Verschuldung langfristig tragbar werden zu lassen. Um diesen Faktoren Rechnung zu tragen und die Verschuldung auf tragbare Höhe zu reduzieren, ist zusätzliche Flexibilität geboten. Die HIPC-Initiative wird bereits jetzt durch die geringe Mittelausstattung des HIPC-

über klare, termingebundene Zielwerte für junge Menschen zu verfügen. Zahlreiche Länder haben den allgemeinen Aufklärungsunterricht und den Unterricht zur Vermittlung von Lebenskompetenzen in den Schulen erweitert, die Lehrpläne geändert und die Lehrerausbildung entsprechend erweitert. Andere haben in die Aufklärung durch Gleichaltrige und die Stärkung der Rolle der Familie investiert. Zu wenige junge Menschen haben Zugang zu den HIV-Präventionsdiensten, die sie benötigen, um ihr Infektionsrisiko zu verringern. In einigen Ländern südlich der Sahara wissen dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen zufolge nahezu 75 Prozent der jungen Frauen im Alter von 15 bis 19 Jahren nicht, wie man die Übertragung von HIV verhütet. Während die Verbreitungsraten in Zentralasien eskalieren, haben 10 Prozent oder weniger der dort Heranwachsenden im Alter von 15 bis 19 Jahren je von Aids gehört.

61. Eine besonders wichtige Form der Prävention zielt auf die 800.000 HIV-Infektionen, die jährlich von **Müttern auf ihre neugeborenen Kinder** übertragen werden. Diese Aufgabe müssen wir als eine moralische Verpflichtung ansehen. Ihre Durchführung ist außerdem technisch möglich. Viele Länder unterstützen derzeit Kleinprojekte zur Betreuung, Unterstützung und Behandlung HIV-positiver Frauen, einschließlich präventiver antiretroviraler Behandlung. Um den Bedürfnissen der jährlich 2,5 Millionen schwangeren Frauen, die HIV-positiv sind, annähernd gerecht werden zu können, ist es erforderlich, dieses Versorgungsangebot in beträchtlichem Maße zu erweitern, freiwillige Beratungs- und Testdienste – der kritische Einstiegspunkt für solche Programme – auszubauen und dafür zu sorgen, dass HIV-infizierte Mütter ihre Säuglinge ernähren können, ohne sie zu gefährden.

62. Neue Tur8dt4 0 T.1437(n.)F3(en)4.5(, rer)-3.fb er2(nä3.9.)7.5(g7.5(2(n)0.001 [zu gef94.56211.3(der Pr-5(n)-5

samen Behandlungsmethoden am Wohnort oder unweit davon, die Bereitstellung von Arzneimitteln zur Malariabekämpfung an symptomfreie schwangere Frauen in Gebieten mit hoher Übertragungsrate sowie

HIV/Aids stellen eine der größten potenziellen Ressourcen im nationalen und weltweiten Kampf gegen die Epidemie dar.

74. **Der Weg nach vorn.** Es ist besonders wichtig, dass

gung und Abwasserentsorgung, Energie, Gesundheit, Landwirtschaft und biologische Vielfalt. Im Rahmen von Wasserbewirtschaftungsstrategien müssen Sickerverlust und Verschwendung, insbesondere in der Landwirtschaft, reduziert werden, um "mehr Ertrag pro Tropfen" zu erzielen; die Energie muss effizienter genutzt und in erhöhtem Maße aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden; der Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser, sanitären Einrichtungen und erschwinglicher, sauberer Energie muss Milliarden von Menschen verschafft werden, die jetzt noch ohne diese auskom-

zehnt in vielen Regionen erzielten Fortschritte erleben wir jetzt, dass einige dieser Entwicklungen hin zu größerer Demokratie wieder rückgängig gemacht werden und wirtschaftliche Krisen die Demokratie in vielen Teilen der Welt auf die Probe stellen.

87. Auch erfolgreiche Demokratien erhalten durch eine gute Staats- und Regierungsführung ein festeres Fundament,

95. Dieser Trend ist besonders bedeutsam, denn in komplexen Notsituationen sind die am schwersten von Konflikten betroffenen Zivilpersonen – einschließlich fast 80 Prozent aller Binnenvertriebenen und Flüchtlinge weltweit – Frauen, Kinder und ältere Menschen, während junge Männer den größten Teil der Kombattanten ausmachen. Das bedeutet, dass zahlreiche Frauen die Bedürfnisse von Kindern wie auch alternden Familienangehörigen decken müssen, ohne dass ihnen ein männlicher Partner zur Seite stünde.

96. Die Probleme und besonderen Bedürfnisse älterer Menschen, die eine umfassende Betreuung, Zugang zu lebenswichtigen Gesundheits- und sonstigen Grunddiensten, eine angemessene Wohnung und persönliche Sicherheit benötigen, lasten häufig auf den Schultern weiblicher Haushaltsvorstände, die selbst besonders schutzbedürftig und gewaltgefährdet sind. Es ist wichtig, den Gemeinwesen besondere Unterstützung für die Betreuung älterer Menschen zukommen zu lassen, aber nicht minder wichtig, den Beitrag anzuerkennen, den diese Menschen in Zeiten der Instabilität leisten, und ihre Fähigkeiten und Talente voll zu nutzen. Beispielsweise sind ältere Flüchtlinge als Erste in so verschiedene Länder wie Kroatien und Liberia zurückgekehrt – und sobald sie wieder daheim sind, können sie oftmals zu Frieden und Aussöhnung beitragen.

97. Kinder in Konfliktsituationen sind offensichtlich besonders schutzbedürftig, doch abgesehen davon haben wir alle die Pflicht, die Sicherheit, das Wohlergehen und die Rechte von Kindern in allen Lebensumständen zu gewährleisten. Auf der **Sondertagung der Generalversammlung über Kinder** bekräftigte die internationale Gemeinschaft ihr Engagement zu Gunsten der Kinder und verpflichtete sich, Kindern ein gesünderes Leben zu ermöglichen, ihnen eine gute Bildung zu gewährleisten, sie vor Missbrauch, Ausbeutung und Gewalt zu schützen und die verheerenden Auswirkungen, die HIV/Aids auf sie haben, zu bekämpfen.

98. Auch das Kinder betreffende Völkerrecht wurde gestärkt. Das 1997 verabschiedete Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung (das Anti-Minen-Übereinkommen von Ottawa), das 1999 von der Internationalen Arbeitsorganisation geschlossene Übereinkommen über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit und die Afrikanische Charta von 1999 für die Rechte und das Wohl der Kinder sind alle in Kraft getreten. Genügend Länder unterzeichneten und ratifizierten die beiden Fakultativprotokolle zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes¹⁰ – das eine betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten und das andere betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution

nen Jahr Wachstumsraten von über 4 Prozent erzielte, mag

⁴ *The United Nations Disarmament Yearbook*, Vol. 18: 1993 (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.94.IX.1), Anhang II.

⁵ Siehe Resolution 50/245 der Generalversammlung.

⁶ Siehe *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenundvierzigste Tagung, Beilage 27 (A/47/27)*, Anhang I.

⁷ FCCC/CP/1997/7/Add.1, Beschluss 1/CP.3.

⁸ Resolution 2106 A (XX) der Generalversammlung, Anlage.

⁹ Resolution 54/4 der Generalversammlung, Anlage.

Anhang: Millenniums-Entwicklungsziele

1. Die verschiedenen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und andere Organisationen haben Konsultationen abgehalten, um geeignete Indikatoren für die Messung der Fortschritte bei der Verwirklichung der Entwicklungsziele der Millenniums-Erklärung (der "Millenniums-Entwicklungsziele") zu benennen. Die in dieser An-

Millenniums-Entwicklungsziele, Zielvorgaben und Indikatoren

<i>Ziele und Zielvorgaben</i>	<i>Indikatoren</i>	<i>1990</i>	<i>2000^{a,b}</i>	<i>Maßeinheit</i>
Ziel 1. Beseitigung der extremen Armut und des Hungers				
Zielvorgabe 1. Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, deren Einkommen weniger als 1 Dollar pro Tag beträgt	1. Anteil der Bevölkerung mit weniger als 1 Dollar (Kaufkraftparität) pro Tag			Prozent (Letzte verfügbare Zahlen: 1999.)
	Alle Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen	29	23	
	Ostasien und Pazifik	28	14	
	Europa und Zentralasien	2	4	
	Lateinamerika und Karibik	17	15	
	Naher Osten und Nordafrika	2	2	
	Südasien	44	37	
	Afrika südlich der Sahara	48	47	
	2. Armutslückenverhältnis ^c			Prozent (1,08 Dollar Armutsgrenze. Erste verfügbare Zahlen: 1987, letzte verfügbare Zahlen: 1998.)
	Welt	8,6	6,9	
	Welt (außer China)	9,1	7,6	
	Ostasien	6,8	4	
	Ostasien (außer China)	5,6	2	
Osteuropa und Zentralasien	0,1	0,9		
Lateinamerika und Karibik	5,2	4		
Naher Osten und Nordafrika	1	0,4		
Südasien	13	10,4		
Afrika südlich der Sahara	20	18,1		
Zielvorgabe 2. Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, die Hunger leiden	3. Anteil des ärmsten Fünftels am nationalen Verbrauchd			Prozent (Erste verfügbare Zahlen: 1988, letzte verfügbare Zahlen: 1993.)
	Welt	2,3	2	
	4. Prävalenz des Untergewichts bei Kindern unter fünf Jahren			Prozent
	Entwicklungsregionen	32	28	
	Afrika	28	27	
	Nordafrika	10	10	
	Afrika südlich der Sahara	32	30	
	Lateinamerika und Karibik	11	8	
	Asien	37	31	
	Ostasien	19	10	
	Südliches Zentralasien	55	48	
	Südostasien	38	28	
	Westasien	14	19	

<i>Ziele und Zielvorgaben</i>	<i>Indikatoren</i>	<i>1990</i>	<i>2000^{a,b}</i>	<i>Maßeinheit</i>
	5. Anteil der Bevölkerung unter dem Mindestniveau des Nahrungsenergieverbrauchs			Prozent (Erste verfügbare Zahlen: 1990 bis 1992, letzte verfügbare Zahlen:
	Entwicklungsregionen	20	17	
	Afrika	29	28	
	Nordafrika	4	4	
	Afrika südlich der Sahara	35	34	
	Lateinamerika und Karibik	13	11	
	Asien	19	16	
	Ostasien	16	10	
	Südliches Zentralasien	25	23	
	Südostasien	17	13	
	Westasien	6	7	

Ziele und Zielvorgaben	Indikatoren	1990	2000 ^{a,b}	Maßeinheit
Ziel 3: Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frau				
Zielvorgabe 4. Das Geschlechtergefälle in der Primar- und Sekundarschulbildung beseitigen, vorzugsweise bis 2005 und auf allen Bildungsebenen bis spätestens 2015	9. Verhältnis Mädchen/Jungen in der Primar-, Sekundar- und Tertiärbildung			
	Primarbildung			
	Entwicklungsregionen	0,83	0,87	(Letzte verfügbare Zahlen: 1998.)
	Entwickelte Regionen	0,95	0,96	
	Nordafrika	0,79	0,86	
	Afrika südlich der Sahara	0,82	0,85	
	Lateinamerika und Karibik	0,95	0,95	
	Ostasien	0,86	0,92	
	Südliches Zentralasien	0,71	0,79	
	Südostasien	0,94	0,91	
	Westasien	0,82	0,84	
	Ozeanische Länder	0,94	0,93	
	Sekundarbildung			
	Entwicklungsregionen	0,72	0,82	
	Entwickelte Regionen	0,98	0,99 ^e	
	Nordafrika	0,76	0,90	
	Afrika südlich der Sahara	0,75	0,82	
	Lateinamerika und Karibik	1,06	1,06	
	Ostasien	0,73	0,82	
	Südliches Zentralasien	0,59	0,68	
	Südostasien	0,87	0,93	
	Westasien	0,69	0,74	
	Ozeanische Länder	1,00	0,94	
	Tertiärbildung			
	Entwicklungsregionen	0,66	0,75	
	Entwickelte Regionen	1,05	1,12	
	Nordafrika	0,52	0,72	
	Afrika südlich der Sahara	0,47	0,63	
	Lateinamerika und Karibik	0,94	1,02	
	Ostasien	0,49	0,51	
	Südliches Zentralasien	0,54	0,58	
	Südostasien	0,82	1,11	
	Westasien	0,66	1,10	
	Ozeanische Länder	0,82	0,63	
	10. Verhältnis weibliche/männliche Alphabeten (15-bis 24-Jährige)			
	Welt	0,90	0,93	
	11. Anteil der Frauen an den nicht-selbständigen Erwerbstätigen im Nicht-Agrarsektor			
	Welt	38	46	

Ziele und Zielvorgaben	Indikatoren	1990	2000 ^{a,b}	Maßeinheit
	Entwickelte Länder	45	46	
	Übergangsländer	46	49	
	Asien und Pazifik	38	44	
	Lateinamerika und Karibik	37	41	
	Afrika	21	38	
	Naher Osten und Nordafrika	21	21	(Letzte verfügbare Zahlen: 1999.)
	12. Sitzanteil der Frauen in nationalen Parlamenten			Prozent (Letzte verfügbare Zahlen: 2002.)
	Welt	13	14	
	Nordische Länder	34	39	
	Europäische OSZE ^f -Mitgliedstaaten (einschließlich der nordischen Länder)	17	17	
	Europäische Mitgliedstaaten (ohne nordische Länder)	16	15	
	Amerika	11	16	
	Asien	13	15	
	Afrika südlich der Sahara	9	13	
	Pazifik	5	13	
	Westasien	5	4	
Ziel 4: Senkung der Kindersterblichkeit				
Zielvorgabe 5. Zwischen 1990 und 2015 die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren um zwei Drittel senken	13. Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren			Sterbefälle je 1.000 Lebendgeburten
	Welt	93	83	
	Entwickelte Regionen	14	9	
	Europa	16	11	
	Entwicklungsregionen	103	91	
	Afrika	164	156	
	Nordafrika	88	46	
	Afrika südlich der Sahara	176	171	
	Lateinamerika und Karibik	54	37	
	Asien	90	73	
	Ostasien	46	40	
	Südliches Zentralasien	125	96	
	Südostasien	77	54	
	Westasien	70	64	
	Ozeanische Länder	95	93	
	14. Säuglingssterblichkeitsrate			Sterbefälle je 1.000 Lebendgeburten
	Welt	64	57	
	Entwickelte Regionen	12	8	
	Europa	14	10	
	Entwicklungsregionen	70	63	
	Afrika	103	98	
	Nordafrika	63	39	
	Afrika südlich der Sahara	110	106	
	Lateinamerika und Karibik	43	29	
	Asien	64	54	

<i>Ziele und Zielvorgaben</i>	<i>Indikatoren</i>	<i>1990</i>	<i>2000^{a,b}</i>	<i>Maßeinheit</i>
	Ostasien			
	Südliches Zentralasien			
	Südostasien			
	Westasien			

<i>Ziele und Zielvorgaben</i>	<i>Indikatoren</i>	<i>1990</i>	<i>2000^{a,b}</i>	<i>Maßeinheit</i>
Ziel 6. Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten				
Zielvorgabe 7. Bis 2015 die Ausbreitung von HIV/Aids zum Stillstand bringen und allmählich umkehren	18. HIV-Prävalenz bei schwangeren Frauen (15- bis 24-Jährige) Geschätzte HIV-Prävalenz bei jungen Menschen (15- bis 24-Jährige)			
	Welt			
	Entwickelte Regionen Europa			
	Entwicklungsregionen Afrika Nordafrika Afrika südlich der Sahara Lateinamerika und Karibik Asien Ostasien Südliches Zentralasien Südostasien Westasien Ozeanische Länder			
	19. Anteil der Kondombenutzung innerhalb der kontrazeptiven Prävalenzrate ^b			
	Welt			
	Kontrazeptive Prävalenzrate			
	Welt			
	20. Zahl der wegen HIV/Aids verwaissten Kinder ^c			
	Alle			

<i>Ziele und Zielvorgaben</i>	<i>Indikatoren</i>	<i>1990</i>	<i>2000^{a,b}</i>	<i>Maßeinheit</i>
Zielvorgabe 8. Bis 2015 die Ausbreitung von Malaria und anderen schweren Krankheiten zum Stillstand bringen				

Ziele und Zielvorgaben	Indikatoren	1990	2000 ^{a,b}	Maßeinheit
	Afrika			
	Nordafrika	n.v.	5	
	Afrika südlich der Sahara	n.v.	62	
	Asien			
	Ostasien	n.v.	19	
	Südliches Zentralasien	n.v.	40	
	Südostasien	n.v.	49	
	Westasien	n.v.	11	
	Lateinamerika und Karibik	n.v.	11	
	Ozeanische Länder	n.v.	44	
	24. Anteil der diagnostizierten und mit Hilfe der ambulanten Kurzzeittherapie DOTS (Directly Observed Treatment Short Course) geheilten Tuberkulosefälle	11	27	Prozent diagnostiziert (Erste verfügbare Zahlen: 1995.)
		77	80	Prozent geheilt (Erste verfügbare Zahlen: 1995.)
Ziel 7. Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit				
Zielvorgabe 9. Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in einzelstaatliche Politiken und Programme einbauen und den Verlust von Umweltressourcen umkehren	25. Anteil der Flächen mit Waldbedeckung	30,3	29,6	Prozent
	26. Verhältnis der geschützten Flächen zur Erhaltung der biologischen Vielfalt zu der Gesamtfläche	7,5	9,5	Prozent
	27. Energieverbrauch (Kilogramm Erdöläquivalent) pro 1 Dollar BIP (Kaufkraftparität)	279	228	Kilogramm Erdöläquivalent pro 1.000 Dollar BIP (Kaufkraftparität)
	28. Kohlendioxid ausstoß und Verbrauch von ozonabbauenden Fluorchlorkohlenwasserstoffen	1,15	1,13	.J0 -1.1497 TD0 30Snlr 8]9ebbr 8]9euSpo(o)-16
		1,1	0,15	
	29. Anteil der feste Brennstoffe nutzenden Bevölkerung ¹			
	Entwicklungsregionen	75	75	
	Afrika südlich der Sahara	82	79	

<i>Ziele und Zielvorgaben</i>	<i>Indikatoren</i>	<i>1990</i>	<i>2000^{a,b}</i>	<i>Maßeinheit</i>
	Nordafrika und Naher Osten	46	40	
	Asien	80	79	
	Lateinamerika und Karibik	n.v.	n.v.	
Zielvorgabe 10. Bis 2015 den Anteil der Menschen um die Hälfte senken, die keinen nachhaltigen Zugang zu hygienischem Trinkwasser haben	30. Anteil der städtischen und ländlichen Bevölkerung mit nachhaltigem Zugang zu einer besseren Wasserquelle			
	Welt	77	82	Prozent insgesamt
		94	95	Prozent städtisch
		64	71	Prozent ländlich
	Nordafrika	86	90	
	Afrika südlich der Sahara	54	58	
	Ostasien	71	76	
	Südliches Zentralasien	72	85	
	Südostasien	72	78	
	Westasien	n.v.	82	
	Lateinamerika und Karibik	82	86	
	Ozeanische Länder	40	48	
Zielvorgabe 11. Bis 2020 eine erhebliche Verbesserung der Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern herbeiführen	31. Anteil der städtischen Bevölkerung, die Zugang zu einer verbesserten sanitären Versorgung hat			

Ziele und Zielvorgaben	Indikatoren	1990	2000 ^{a,b}	Maßeinheit
------------------------	-------------	------	---------------------	------------

Ziel 8. Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft

Zielvorgabe 12. Ein offenes, regelgestütztes, berechenbares und nichtdiskriminierendes Handels- und Finanzsystem weiterentwickeln

Dies umfasst ein Bekenntnis zu guter Regierungs- und Verwaltungsführung, Entwicklung und Armutsminderung auf nationaler und internationaler Ebene.

[Einige der unten aufgeführten Indikatoren werden für die am wenigsten entwickelten Länder, Afrika, die Binnen- und die kleinen Inselentwicklungsländer getrennt verfolgt.]

<i>Ziele und Zielvorgaben</i>	<i>Indikatoren</i>	<i>1990</i>	<i>2000^{a,b}</i>	<i>Maßeinheit</i>
	35. Anteil der ungebundenen bilateralen öffentlichen Entwicklungshilfe der dem OECD-Ausschuss für Entwicklungshilfe angehörenden Geber	59,4	81,1	Prozent
Zielvorgabe 14. Den besonderen Bedürfnissen der Binnen- und kleinen Inselentwicklungsländer Rechnung tragen (durch das Aktionsprogramm für die nachhaltige Entwicklung der kleinen Inselstaaten unter den Entwicklungsländern und die Ergebnisse der zweiundzwanzigsten Sonder-tagung der Generalversammlung)	36. Von Binnenländern empfangene öffentliche Entwicklungshilfe als Anteil an ihrem Bruttonationaleinkommen 37. Von kleinen Inselentwicklungsländern empfangene öffentliche Entwicklungshilfe als Anteil an ihrem Bruttonationaleinkommen			

<i>Ziele und Zielvorgaben</i>	<i>Indikatoren</i>	<i>1990</i>	<i>2000^{a,b}</i>	<i>Maßeinheit</i>
Schuldentragfähigkeit^p				
	42. Gesamtzahl der Länder, die den Entscheidungs- und den Erfüllungszeitpunkt im Rahmen der Schuldeninitiative für die hochverschuldeten armen Länder erreicht haben (kumulativ)	22	26	Entscheidungszeitpunkt erreicht
		1	5	Erfüllungszeitpunkt erreicht
	43. Mittelbindungen für Schuldenerleichterung im Rahmen der Initiative für die hochverschuldeten armen Länder	34	41	Milliarden USD (kumulativ)
	44. Schuldendienst als Prozentwert der Güter- und Dienstleistungsausfuhren			
	Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen	18	18	Prozent
Zielvorgabe 16. In Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern Strategien zur Beschaffung menschenwürdiger und produktiver Arbeit für junge Menschen erarbeiten und umsetzen	45. Arbeitslosenquote bei den 15- bis 24-Jährigen nach Geschlecht und insgesamt			Prozent
	Welt	10	10,3	(Erste verfügbare Zahl: 1995, letzte verfügbare Zahl: 1999.)
Zielvorgabe 17. In Zusammenarbeit mit den Pharmaunternehmen erschwingliche unentbehrliche Arzneimittel in den Entwicklungsländern verfügbar machen	46. Anteil der Bevölkerung mit dauerhaftem Zugang zu erschwinglichen unentbehrlichen Arzneimitteln			Prozent
	Welt	63	70	(Erste verfügbare Zahlen: 1987,
	Entwicklungsländer	55	65	letzte verfügbare Zahlen: 1999.)
	Entwickelte Länder	n.v.	91	
	Afrika			
	Nordafrika	n.v.	83	
	Afrika südlich der Sahara	n.v.	47	
	Asien			
	Ostasien	n.v.	84	
	Südliches Zentralasien	n.v.	44	
	Südostasien	n.v.	77	
	Westasien	n.v.	86	
	Lateinamerika und Karibik	n.v.	64	
	Ozeanische Länder	n.v.	77	

Anmerkungen

^a Alle Angaben für 2000 stützen sich auf die letzten verfügbaren Zahlen. Alle Angaben für 1990 stützen sich auf die frühesten verfügbaren Zahlen. Sofern keine zusätzlichen weltweiten oder regionalen Angaben verfügbar sind, ist dies durch "n.v." gekennzeichnet.

^b Angaben für Indikatoren, die hinsichtlich der Zielerreichung "auf dem richtigen Weg sind", sind durch Kursivschrift und Fettdruck gekennzeichnet.

^c Das Armutslückenverhältnis dient zur Messung des Ausmaßes der Armut. Ausgedrückt als Prozentwert der Armutsgrenze ergibt es sich dadurch, dass der Anteil der Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, mit der Differenz zwischen der Armutsgrenze und dem Durchschnittseinkommen der unter der Armutsgrenze lebenden Bevölkerung multipliziert wird. Wenn beispielsweise 30 Prozent der Bevölkerung unter der Grenze von 1 Dollar pro Tag leben und der Verbrauch oder das Einkommen dieser Menschen im Durchschnitt 20 Prozent unter der Armutsgrenze liegt (d.h. bei 0,80 Dollar), dann beträgt das Armutslückenverhältnis 6 Prozent. Die hier genannten Zahlenwerte sind auf Forschungsarbeiten gestützte und auf dem Verbrauch beruhende Schätzwerte der Weltbank.

^d Gemessen als kumulativer Prozentsatz der weltweiten Einkommen oder Ausgaben. Die Zahlen sind auf Forschungsarbeiten gestützte Schätzwerte der Weltbank.

^e Die USA und Kanada sind auf Grund fehlender Angaben für dieses Jahr in diesem Durchschnittswert nicht enthalten.

^f Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

^g Die letzten verfügbaren Angaben beziehen sich auf 1995. Die für 1990 genannten Angaben sind nicht vergleichbar und daher nicht für Trendanalysen verwendbar.

^h Unter den Empfängnisverhütungsmitteln haben allein Kondome HIV-verhütende Wirkung. Die kontrazeptive Prävalenzrate ist auch für die Verfolgung derjenigen Fortschritte von Nutzen, die bei der Zielerreichung auf den Gebieten der Gesundheit, der Gleichstellung der Ge-